

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am vergangenen Samstag war ein historischer Tag für den bayerischen Sport: Der Deutsche Olympische Sportbund wird sich mit München als Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044 bewerben. Die bayerische Landeshauptstadt hat sich damit im nationalen Wettbewerb gegen Köln-Rhein-Ruhr durchgesetzt, nachdem Berlin bereits am Donnerstag seine Bewerbung zurückgezogen hatte – wohl auch wegen der Turbulenzen nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und einem Mangel an politischer Unterstützung.

Dies zeigt erneut die Bedeutung einer stabilen Regierung der bürgerlichen Mitte, wie wir FREIE WÄHLER im Landtag sie ermöglichen. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass Olympia nach 1972 erneut nach München



zurückkehren kann. Deshalb freuen wir uns, dass sich unsere Bewerbung bei der Abstimmung der olympischen Spitzenverbände Deutschlands in Baden-Baden gegen die Konkurrenz aus Nordrhein-Westfalen durchsetzen konnte.

Unser Mix aus nachhaltigen, modernen Sportstätten, der langjährigen Erfahrung der Landeshauptstadt als Gastgeber großer Sportevents sowie der Strahlkraft Bayerns und seiner Kultur in der Welt stimmen uns zuversichtlich, dass wir auch den finalen Schritt erfolgreich gehen und im internationalen Wettbewerb das Internationale Olympische Komitee von unserer Kandidatur überzeugen können.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

A handwritten signature in blue ink, which appears to be 'Alexander Hold', is located below the text.

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

WACHSENDE SCHIEFLAGE IM LÄNDERFINANZ-AUSGLEICH: SOLIDARITÄT DARF NICHT ZUR FALSCH VERSTANDENEN DAUERSUBVENTION WERDEN

Die Schieflage im Länderfinanzausgleich wächst: Allein im Jahr 2025 überwies Bayern 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer – das entspricht rund 60 Prozent des Gesamtvolumens. Mit einem Dringlichkeitsantrag zum ersten Plenum nach der Sommerpause fordern wir als FREIE WÄHLER-Fraktion deshalb eine grundlegende Neuausrichtung und finanzielle Entlastung des Freistaats.

Seit Einführung des Systems hat Bayern circa 140 Milliarden Euro beigesteuert, davon etwa 57 Milliarden Euro seit Inkrafttreten der veränderten Methodik im Jahr 2020 – das kann und darf so nicht weitergehen. Mit unserem Antrag stellen wir unmissverständlich klar, dass die derzeit laufende Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein wichtiges Anliegen zur Wahrung der Interessen Bayerns adressiert.

Dass der Bund die Geberländer über das vor Kurzem in Kraft getretene Länder- und Kommunalentlastungsgesetz von 2026 bis 2029 um insgesamt 400 Millionen Euro pro Jahr entlastet, ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der astronomischen Dimensionen im Finanzkraftausgleich reicht das jedoch bei Weitem nicht aus. Der Sinn des Ausgleichssystems liegt zwar in der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Wenn ein Nehmerland diese Unterstützung allerdings langfristig nicht in zusätzliche Standortqualität und Wirtschaftskraft umwandelt, droht aus dem Solidarpakt eine falsch verstandene Dauersubvention mit negativen Anreizwirkungen zu werden.

Dies gilt umso mehr, wenn die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien aufseiten der Regierungen bestimmter Nehmerländer potenziell in Frage gestellt werden kann. Wir müssen uns daher auch politischen Fragen nach einer Anpassung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags sowie nach konkreten Handlungsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit stellen. Mehr dazu [\[HIER\]](#).

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WOHLSTAND: BAYERN IST VORREITER – JETZT BRAUCHEN WIR EINE NACHHALTIGE STÄRKUNG DES STANDORTS!

Bayern ist das wirtschaftliche Kraftzentrum Deutschlands. Doch während unsere starke Industrie, der leistungsfähige Mittelstand, das tatkräftige Handwerk und innovationsstarke Start-ups Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze sichern, steht der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland unter massivem Druck. Hohe Energiepreise, überbordende Steuern und Abgaben, lähmende Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, Arbeitskräftemangel und wachsende Investitionsunsicherheit belasten Unternehmen in allen Regionen. Bayern allein kann diese strukturellen Fehlentwicklungen nicht ausgleichen – es braucht jetzt entschlossene Weichenstellungen auf Bundes- und EU-Ebene. Wir müssen weg von Überregulierung und Belastungen hin zu Wachstum, Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen darf höchstens 25 Prozent betragen – das ist eine Frage der Standortgerechtigkeit. Zudem muss der Solidaritätszuschlag endlich ab-



geschafft und die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Auch für Bürgerinnen und Bürger braucht es Entlastung: Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen. Deshalb fordern wir eine Senkung der Einkommensteuer und eine Begrenzung der Sozialversicherungsbeiträge auf perspektivisch höchstens 40 Prozent.

Bürokratie erstickt Innovation und Investitionen. Wir brauchen weniger Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten – nach bayerischem Vorbild. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und praxisfremde Regelungen gestrichen werden. Besonders im Fokus: die Abschaffung von Verbandsklagemöglichkeiten gegen gemeinwohldienende Infrastrukturprojekte und die Umsetzung von EU-Richtlinien ohne »Goldplating« – also dem Übererfüllen von Anforderungen an die nationale Gesetzgebung.

Eine technologieoffene Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz vereinen. Netzausbau, Erneuerbare Energien und Speicher müssen schneller und besser koordiniert werden. Vor allem energieintensive Industrien bräuchten verlässliche, international wettbewerbsfähige Energiepreise. Mehr [\[HIER\]](#).

UNSER MASTERPLAN FÜR BESSERE SCHULEN: BAYERN REFORMIERT DIE LEHRKRÄFTEBILDUNG

Wir FREIE WÄHLER im Landtag begrüßen den vergangene Woche von Kultusministerin Anna Stolz und Wissenschaftsminister Markus Blume gemeinsam vorgestellten Masterplan Lehrkräftebildung. Das umfassende Reformpaket setzt auf eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis, eine gezielte Qualitätssteigerung der Ausbildungsstruktur und mehr Unterstützung für angehende Lehrkräfte. Herzstück des Masterplans ist die Einführung eines »Praxisjahrs intensiv«: Schulpraktika werden zu einem zusammenhängenden Praxisjahr gebündelt, auf insgesamt 300 Stunden

ausgeweitet – ein Plus von rund 50 Prozent – und durch deutlich mehr Unterrichtsversuche sowie kleinere Praktikumsgruppen inhaltlich vertieft.

Begleitet wird das Praxisjahr durch wissenschaftsgeleitete Reflexionsmodule an den Universitäten sowie eine engere Kooperation mit den aufnehmenden Schulen. Darüber hinaus erprobt Bayern als erstes Bundesland das innovative Konzept der Core Practices: In Modellversuchen an ausgewählten Hochschulstandorten rücken wissenschaftlich belegte Kernkompetenzen des Lehrens in den Mittelpunkt des Studiums. Ergänzt



wird das Paket durch einen neuen praxisorientierten Profilbereich, mehr Fachdidaktik, verbindliche Module zu Inklusion, Demokratiebildung und digitaler Bildung sowie eine Fortbildungsoffensive für Seminar- und Praktikumslehrkräfte.

Denn Lehrkräfte tragen maßgeblichen Anteil am Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler. Der Masterplan Lehrkräftebildung beinhaltet deshalb eine gezielte Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung. Mit dem »Praxisjahr intensiv« und der Stärkung von Querschnittsbereichen wie Inklusion und Digitale Bildung richten wir die Ausbildung deutlich stärker an der beruflichen

Praxis aus. Wir sichern damit nicht nur die Qualität unseres Schulsystems, sondern sorgen dafür, dass unsere Lehrkräfte ihren Beruf mit Freude, Gesundheit und Erfolg ausüben können. Mehr [\[HIER\]](#).

#FOTOSDERWOCHE: UNSER ARBEITSKREIS 5 AUF INFORMATIONSREISE IN WIEN

Drei Tage voller Impulse, Austausch und starker Perspektiven in Wien: Vergangene Woche war unser Arbeitskreis 5 auf Informationsreise in der österreichischen Hauptstadt. Zum Auftakt ging es um Entrepreneurship Education an der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien sowie die Frage: Wie fördern wir unternehmerisches Denken schon in der Schule? Neben einer Führung durch das österreichische Parlament durften wir uns zudem mit der Abgeordneten Fiona Fiedler (NEOS) austauschen. Mehr dazu gibt's [\[HIER\]](#).

#MEMESDERWOCHE: WACHSTUM STATT BÜROKRATIE UND BELASTUNG!

Bürokratie erstickt Innovation und Investitionen! Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag setzen uns deshalb auf Bundes- und EU-Ebene mit Nachdruck für eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsfreundlichkeit ein – damit Bayern stark bleibt und Deutschland wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnt! Denn: Wir müssen weg von Überregulierung und Belastungen hin zu Wachstum, Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit. Was wir konkret fordern, erfahren Sie [\[HIER\]](#).

#REELDERWOCHE: FINANZKRAFTAUSGLEICH – SOLIDARITÄT DARF NICHT ZUR FALSCH VERSTANDENEN DAUERSUBVENTION WERDEN

Allein im Jahr 2025 hat der Freistaat 11,7 Milliarden Euro an andere Bundesländer überwiesen. Seit Einführung des Systems summieren sich die bayerischen Zahlungen auf astronomische 140 Milliarden Euro! Solidarität in Deutschland ist wichtig – aber sie darf nicht zur falsch verstandenen Dauersubvention werden. Was wir daher in einem Dringlichkeitsantrag fordern, erklärt Euch unser haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl [\[HIER\]](#) im Reel.

#OLYMPIA: MÜNCHEN GEHT ALS DEUTSCHER AUSTRAGUNGSORT INS RENNEN!

Es steht fest: München wird als deutscher Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044 ins Rennen gehen. Die Landeshauptstadt hat sich im nationalen Wettbewerb mit Köln-



Rhein-Ruhr durchgesetzt! Unser Mix aus nachhaltigen, modernen Sportstätten, der langjährigen Erfahrung Münchens als Gastgeber großer Sportevents sowie der Strahlkraft Bayerns und seiner Kultur in der Welt werden ganz sicher auch international überzeugen können. Mehr dazu [\[HIER\]](#).



NIE WIEDER IST JETZT – ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG »HANS SCHOLL UND DIE WEISSE ROSE« IN KEMPTEN

Wie Sie vielleicht wissen, liegt mir die Erinnerungskultur seit langem sehr am Herzen und ich finde, wir können nicht oft genug darauf hinweisen, welche Geschichte hinter uns liegt und welche Verantwortung wir haben, diese auch nicht zu vergessen. Gerade in einer Zeit, in der



es nur noch ganz vereinzelt Zeitzeugen der NS-Vergangenheit gibt. Aus diesem Grund war es für mich keine Frage, dass die Wanderausstellung der Weiße Rose Stiftung e.V. nach Kempten geholt werden sollte. So bin ich an das Kulturamt der Stadt Kempten herangetreten und sofort auf offene Ohren gestoßen. Mit der Südhalle der St. Mang Kirche und der Bereitschaft der Kirchengemeinde St. Mang diese Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, hat das Vorhaben bereits letztes Jahr Fahrt aufgenommen. Zu unser aller Freude konnte ich die Wanderausstellung jetzt am Freitagabend nach dem Friedensgebet in der Südhalle mit einem kleinen Empfang feierlich eröffnen. Sie kann nun bis 8. November 2026 täglich besucht werden (Mo-Sa von 8 bis 18 Uhr, Sonntag von 11.30 bis 18 Uhr).

Der Eintritt ist frei. Gerade auch für Jugendliche ist die Ausstellung mehr als empfehlenswert: Selbst denken. Verantwortung übernehmen. Handeln. Diese Gedanken stehen im Mittelpunkt der Geschichte der Weißen Rose – und auch der Ausstellung über Hans Scholl. Die Ausstellung erzählt nicht nur Geschichte, sondern stellt auch Fragen, die Jugendliche auf ihre eigene Lebenswelt übertragen können: Wie bilde ich mir meine Meinung? Wann widerspreche ich? Was bedeutet Zivilcourage? Und welche Verantwortung habe ich, wenn andere Unrecht erfahren? Ich freue mich, wenn auch Sie Zeit finden, in den nächsten Tagen und Wochen vorbeizuschauen.

KASACHSTANS STAATSPRÄSIDENT ZU GAST IM LANDTAG – WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN IM FOKUS

In dieser Woche habe ich gemeinsam mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner hohen Besuch aus Zentralasien im Maximilianeum empfangen. Der Staatspräsident von Kasachstan,



Kassym-Jomart Tokajew, hat bei seiner Deutschlandreise im Bayerischen Landtag Station gemacht, um mit uns über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Kasachstan zu sprechen. Kasachstan ist die größte Volkswirtschaft in Zentralasien und verfügt über immense Vorkommen an Öl, Metallen und weiteren kriti-



schen Rohstoffen. Was viele vielleicht nicht wissen: Wir in Bayern beziehen etwa 50 Prozent unserer gesamten Erdöllieferungen von dort. Gleichzeitig ist das Land ein wachsender Absatzmarkt für deutsche und vor allem auch bayerische Unternehmen– etwa aus Maschinenbau, Landtechnik, Umwelt- und Wasserwirtschaft, Energie- und Elektrotechnik.





WIE SICHERN WIR INDUSTRIELLE WERTSCHÖPFUNG UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IN BAYERN?

Diese Frage stand im Mittelpunkt des parlamentarischen Frühstücks von ChemDeltaBavaria mit uns als FW-Landtagsfraktion diese Woche. Von Energie- und Standortkosten über die Methanverordnung bis hin zum Schutz kritischer Infrastruktur: Die Themen sind vielfältig – und die Herausforderungen für unsere Industrie sind leider existenzbedrohend. Die Diskussion über Drohnenüberflüge und die Sicherheit sensibler Industriestandorte zeigt, dass Standortpolitik heute weit über klassische Wirtschafts- und Energiefragen hinausgeht. Vielen Dank an ChemDeltaBavaria für den offenen Austausch und die wichtigen Einblicke.



IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.Sd.P.)
Salzstraße 12
87435 Kempten

Telefon 0831 9909 3001
alexander.hold@fw-landtag.de
www.alexander-hold.de

Bayern braucht eine starke Industrie und Industrieabbau darf nicht zur Normalität werden. Wir werden alles daransetzen, Investitionen zu ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und industrielle Wertschöpfung in unserer Region zu sichern und weiterzuentwickeln.



WAS SONST NOCH LOS WAR:

- Gespräch mit Schweizer Generalkonsul



- Zu Gast beim AllgäuHit-Kaffee-klatsch in Kempten, um über Politik und Justiz zu sprechen. Zum Podcast geht's [\[HIER\]](#)
- Runder Tisch Verdi und Sonntagsallianz Für eine lebendige und lebenswerte Innenstadt
- Kommission Staatsreform Sitzung mit Innenminister Herrmann
- Arbeitstreffen mit Justizminister Eisenreich zum Thema Anstaltsbeiräte im Justizvollzug